

Wegen sexueller Misshandlung angeklagter Vater freigesprochen

Das Gericht der Provinz Santa Cruz de Tenerife hat einen 39-jährigen Mann aus Tacoronte Anfang Mai freigesprochen. Er war wegen sexueller Misshandlung angeklagt worden, nachdem seine minderjährige Tochter ihn bei der Einheit für Frauen und Kinder der Guardia Civil (ENUME) im August 2005 angezeigt hatte.

Da keine Beweise für die von der Tochter zur Anzeige

gebrachten Taten vorlagen, musste das Gericht den 39-jährigen Vater freisprechen.

Die im August 1989 geborene Tochter hatte ihren Vater angezeigt und dabei behauptet, dass er sie vom sechsten bis zum zwölften Lebensjahr sexuell missbraucht habe. Ihr Vater habe sie zum Oralverkehr gezwungen. Außerdem wollte ihr Vater mit ihr Geschlechtsverkehr haben. Diese Absicht habe

er aber abgebrochen, als sie Schmerzen gehabt und gebuldet habe.

Der Staatsanwalt forderte für den Angeklagten viereinhalb Jahre Gefängnis, ein dreijähriges Nährungsverbot auf weniger als 300 Meter und ein dreijähriges Sprechverbot mit seiner Tochter. Weiterhin beantragte er eine Entschädigungszahlung für das Opfer in Höhe von 5.000 Euro. Die Verteidigung plädierte auf Freispruch

des Angeklagten, da keinerlei Beweise für die Taten vorlägen. Vor Gericht erschienen der Angeklagte und das Opfer, das als Tochter von seinem Recht Gebrauch machte, keine weiteren Erklärungen abzugeben. Weiterhin erschienen die Mutter der Minderjährigen und die Ehefrau des Angeklagten, die ebenfalls von ihrem Recht Gebrauch machte, nicht auszusagen. Der einzige Zeuge, der zugleich

der Freund des Opfers und der Arbeitskollege des Vaters ist, machte vor Gericht keinerlei Aussagen und Beschuldigungen gegen den Angeklagten. Eine Pädagogin, bei der die Minderjährige 1995 und in den Jahren danach in Behandlung war, erklärte vor Gericht, dass sie keinerlei wulstiges Verhalten des Vaters und Angeklagten gegenüber seiner Tochter festgestellt habe. Das Gericht sprach

den Angeklagten daher frei. Trotz der schwerwiegenden Vorwürfe wurde der Angeklagte aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Ein Urteil, das vor allem angesichts der Geschichte der 42-jährigen Elisabeth F. aus Amstetten, (Österreich) Bedenken aufwirft. Auch sie war von ihrem Vater missbraucht worden, bevor er sie in ein Verlies im Keller sperrte und dort 24 Jahre gefangen hielt. ■

Französisch-spanische Immigrations-Initiative



Auch José Luis Rodríguez Zapatero will gegen die illegale Immigration ankämpfen

Die spanische und französische Regierung arbeiten zur Zeit an einer globalen Übereinkunft über die Immigration. Eine Einigung sei nur noch eine Frage der Zeit, versicherte der Staatssekretär für die Beziehungen mit der Europäischen Union, Diego López Garrido.

Garrido arbeitet seit einiger Zeit mit der französischen Seite zusammen, um einen Globalpakt über die Regulierung des Immigrantensstroms und Maßnahmen zur Kontrolle der illegalen Immigration zu erreichen.

Laut Garrido wird diese Übereinkunft das Ergebnis einer Reihe von Gesprächen sein, die beide Regierungen in letzter Zeit ausgetauscht haben. Dabei sei man zum Schluss gekommen, dass der Immigrations-Pakt, der die ganze Europäische Union betreffe, als französisch-spanische Initiative angesehen werden könne. Die Übereinkunft sei praktisch bereits verfasst und müsse lediglich noch gebilligt werden.

Für den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy wird die Immigrationspolitik innerhalb der zweiten Jahreshälfte in der EU Priorität haben. Auch der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero will den Kampf gegen die illegale Immigration innerhalb der EU vorantreiben. ■

Zweitwohnsitz auf den Kanaren – bald mit Beschränkungen?

In Brüssel diskutiert man in diesen Tagen unter anderem über neue Regelungen für die ultraperipheren Zonen der EU – dazu gehören neben den Kanaren auch die portugiesischen Azoren und Madeira sowie die französischen Gebiete Guadeloupe, Französisch-Guiana, Martinique und La Réunion.

Besprochen werden einige der großen Herausforderungen, denen sich diese EU-Zonen, die geografisch am weitesten vom europäischen Festland entfernt liegen, stellen müssen.

Dazu gehören Themen wie die Auswirkungen des Klimawandels, die Entwicklung der Bevölkerung, Immigration und die Zukunft der Landwirtschaft und Fischerei sowie der Hafentpolitik in diesen Gebieten.

Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums auf den Kanaren hat die regionale Regierung beantragt, eine mögliche Beschränkung von Zweitwohnsitzen auf den Inseln zu diskutieren. Ähn-



Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums wurden innerhalb der letzten Jahre viele Flächen zu Bauland umgestaltet

liche Regelungen, die die Zahl der Zweitwohnungen und -häuser begrenzen, gibt es bereits in Dänemark, Finnland und Malta. Die kanarische Regierung argumentiert, dass

die Zahl der Zweitwohnsitze kontrolliert werden müsste, da die Flächen auf den Inseln begrenzt seien und für jeden zusätzlichen Bewohner auch in zusätzliche Infrastruktur inves-

tiert werden müsse. Die Bevölkerung in einer ultraperipheren Zone mit Gütern aus dem Festland zu versorgen, sei ein weiterer Kostenfaktor, den es zu berücksichtigen gebe. ■

Maximale Leistung.
Minimaler Verbrauch.

Neuer Saab Sport Hatch TiD 150 PS für 27.000€*

Leistung und Ökologie

Besondere Einführungsbedingungen bis zum 31. Juli.

* Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP) für den Saab Sport Hatch Linear Sport TiD 150 PS (AM10B) auf den kanarischen Inseln. Inklusive Mehrwertsteuer, Zulassungssteuer, Einfuhrkosten und Werbenschluss. Angebot gültig bis 31/07/08. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Promotions. Bluetooth und erklappbare Rückleuchte sind im Angebotspreis enthalten. Abgebildetes Modell: Saab Sport Hatch V6 Aero. Angebotsmodell: Saab Sport Hatch TiD; gemittelter Verbrauch von 5,5 bis 6,7 l/100 km. CO2-Emissionen: 149 bis 179 g/km.

ROCAR TENERIFE. C/ Cercado Chico. Taco. Tel.: 922 629 393. www.saabcanarias.com